

**Erwachsenenbildung in 60 Jahren? Essays zum Jubiläumsjahrgang (4)****Reinhard Kardinal Marx**

Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz

# Eine Zukunft der Bildungsgerechtigkeit

Es trifft sich gut, dass das Erscheinen des 60. Jahrgangs dieser Zeitschrift mit dem 50-jährigen Jubiläum des Zweiten Vatikanum zusammenfällt: In der Kirchenkonstitution »Lumen gentium« wird gefordert, dass die Christen »durch ihre Kompetenz in den weltlichen Bereichen und durch ihre innerlich von der Gnade Christi erhöhte Tätigkeit einen gültigen Beitrag leisten [...], damit die Sendung der Kirche den besonderen Verhältnissen der heutigen Welt voller entsprechen kann« (LG 36). Diese Durchdringung weltlicher Dinge in der Gnade Christi kann erlangen, wer den Glaubenssinn der Gläubigen einerseits und die fremdprophetischen Orte andererseits nicht nur achtet, sondern sich aktiv auf sie bezieht: durch die Reflexion und Inkulturation des Glaubens im freien Dialog mit allen, die nach der Wahrheit suchen. Das ist für mich das Hauptziel kirchlicher Erwachsenenbildung, in der ich ja selbst viele Jahre intensiv tätig war.

**Investition, nicht Subvention**

»Erwachsenenbildung in sechzig Jahren?« – ein solches Gedankenspiel ist reizvoll, birgt aber auch die Gefahr, sich in realitätsferne Utopien zu verlieren. Denn niemand kann voraussehen, wie die Welt in mehr als einem halben Jahrhundert aussehen wird. Ich will meine Vision daher eher auf das kommende Jahrzehnt beschränken:

Die allgemeine, persönlichkeitsbildende und religiöse Erwachsenenbildung sollte einen genauso hohen Stellenwert wie die berufliche Bildung haben. Qualitätsvolle Bildungseinrichtungen sollten sich keine Sorgen um angemessene personelle wie materielle Ausstattung machen müssen, wenn die öffentliche Hand Bildungsfinanzierung nicht als Subvention, sondern als

**Reinhard Kardinal Marx**

Investition betrachten würde. Bisher Ausgegrenzte, Geringverdiener oder Arbeitslose sollten für sie konzipierte Bildungswege unkompliziert nutzen können – ein notwendiger Schritt zu mehr Beteiligungsgerechtigkeit. Im Zuge einer Ausweitung, Attraktivitätssteigerung und verstärkten öffentlichen Förderung allgemeiner Erwachsenenbildung fänden die Menschen zu mehr Selbstbewusstsein, sodass es ihnen leichter fiel, sich mit anderen über die wichtigen lebensgestalterischen Fragen differenziert, vorurteilsfrei und innovativ zu verständigen. Die gesellschaftlichen Herausforderungen wie etwa Generationengerechtigkeit oder Klimawandel werden in den nächsten Jahren gewiss nicht weniger, könnten aber von umfassend gebildeten Menschen besser verstanden, diskutiert und mitgestaltet werden. Und was besonders schön wäre: Wenn einst im Duden hinter dem Wort »bildungsbenachteiligt« die Anmerkung stünde: »veraltet; heute gibt es keine Bildungsbenachteiligten mehr«.

Dass diese Skizze Wirklichkeit wird, ist Ziel und Aufgabe auch der katholischen Kirche. Persönlichkeits- und

Allgemeinbildung darf nicht mit dem Schulabschluss bzw. der Berufsausbildung enden und religiös-geistliche Bildung nicht mit der Firmkatechese oder dem schulischen Religionsunterricht. Diese Forderung lässt sich aus dem christlichen Sendungsauftrag ableiten: Als erwachsene Christen sind wir in der Pflicht, die Verheißungen des Evangeliums und die Forderungen der aufgeklärten Vernunft in Einklang zu bringen und uns in diesem Einklang lebensgestalterisch einzubringen.

Um eine solche Bildungsvision zu verwirklichen, braucht die Kirche überzeugte wie überzeugende Erwachsenenbildner, die vor dem Hintergrund des christlichen Weltbildes die »Zeichen der Zeit« didaktisch geschickt zu deuten und zu vermitteln wissen. Doch dazu müssen sie auch selbst herangebildet werden. Das Kompetenzfeld »Erwachsenenbildung« gilt es in Forschung und Lehre zu stärken.

**Aufsuchende Bildungsarbeit**

Kirchliche Bildungsarbeit kann im Sinne missionarischer Pastoral noch mehr eine aufsuchende Bildungsarbeit sein, die auch im Sinne von Papst Franziskus an die Grenzen geht. Wir verkündigen die Botschaft dessen, der sich selbst als Eckstein bezeichnet hat; eine Botschaft also, die aneckt. Ohne die Bereitschaft dazu ist katholische Erwachsenenbildung auch künftig nicht zu haben. In einer von »Employability« dominierten Bildungspolitik weht uns immer öfter ein rauer Wind ins Gesicht, und wir müssen begründen können, warum die Inhalte und Ziele unserer Erwachsenenbildungsarbeit mehr als nur nützlich sind. Auch darin dient Kirche dem Menschen in einem umfassenden Sinn. Schließlich ist »der Mensch der Weg der Kirche« (Johannes Paul II.).

## Bildungsinvestitionen und Bildungserträge im Lebenslauf

### 2. Bildungspolitisches Forum des Leibniz- Forschungsverbundes »Bildungspotenziale«

»Bildungsinvestitionen und Bildungserträge im Lebenslauf« war Thema eines hochkarätig besetzten Forums, das im Oktober 2014 in Bonn stattfand. Diese Veranstaltung ist im weiteren Sinne eingebettet in den Kontext der Diskussionen um die Reform des Bildungssystems, die seit der Mitte der 1990er-Jahre auf die Agenda gesetzt wurde und seit der Jahrtausendwende mit großer Intensität geführt wird. Den Anstoß gaben die Ergebnisse der internationalen Vergleichsuntersuchungen und Large Scale Assessments (TIMS, PISA, PIACC), die Schwächen und Leistungsdefizite im deutschen Bildungssystem offenkundig werden ließen. Die Ergebnisse der ersten PISA-Studie (2001) schockten die deutsche Öffentlichkeit. Sie wurde zum Anstoß für eine kritische Bestandsaufnahme und vielfältige Reforminitiativen. Es wurde die »dritte Bildungsreform«<sup>1</sup> unter dem Motto »Bildung neu denken!« ausgerufen.<sup>2</sup> In diesem Zusammenhang erhielt die empirische Bildungsforschung einen neuen Stellenwert, und es wurde zur Normalität, Bildung zu vermessen. Bildungspolitik stieg in der Rangordnung der Politikbereiche, was sich auch in höheren Finanzzuweisungen niederschlug. Diese Entwicklung ist geleitet von der sich in der Breite durchsetzenden Einsicht, dass ein leistungsfähiges Bildungssystem und die Ausgestaltung seiner Angebote für wirtschaftliche Entwicklung, sozialen Zusammenhalt und kulturelle Vielfalt einer Gesellschaft eminent wichtig sind.

Vor diesem Hintergrund wurde eine »empirische Wende« (Jürgen Baumert) in Politik und Wissenschaft« und eine evidenzbasierte Bildungspolitik propagiert, für die eine enge Beziehung von Bildungspolitik und empirischer Bildungsforschung konstitutiv ist.

»Wissen für Handeln«, lautet der Anspruch der Bildungspolitik an empirische

Bildungsforschung. Denn Bildungspolitik könne die an sie gestellten Erwartungen nur erfüllen, wenn sie sich auf gesicherte Erkenntnisse der Wissenschaft stützen kann, also evidenzbasiert sei. Die Leitfrage der Politik an die Bildungsforschung lautet: »What works?« Damit werden neue Anforderungen formuliert. In Rede stehen die »Nutzenorientierung« von Forschung, der zügige Transfer von Forschungsbefunden in die gesellschaftliche Diskussion, an die politischen Entscheider und in die Praxis.

Die »What works?«-Frage ist allerdings voraussetzungsreich. Sie hat einen grundlagenforschungsorientierten Aspekt, der die Identifizierung der kausal zurechenbaren Effekte von pädagogischen Maßnahmen oder bildungspolitischen Programmen auf definierte Zielgrößen betrifft. Wird durch die Maßnahmen z.B. die Leistungsentwicklung beeinflusst? Und sie hat einen anwendungsorientierten Aspekt. Es wird die Frage gestellt, ob neue Maßnahmen oder Programme in den in Rede stehenden Handlungsfeldern evident wirksam sind, ob sich die Implementation einer Innovation vor dem Hintergrund der bestehenden Praxis überhaupt »lohnt«? Das Programm einer evidenzbasierten Bildungsreform ist umstritten, wird teils deutlich kritisiert, sowohl im Blick auf die Wünschbarkeit als auch im Hinblick auf seine Machbarkeit. Aber dieser Ansatz rationaler Politik macht die Kommunikation zur Nahtstelle der beiden Bereiche.

### Bildungsforschung und Bildungspolitik im Gespräch

Das »2. Bildungspolitische Forum« nahm diese Problematik auf und wollte ein Ort des Dialoges zwischen Bildungsforschung und Bildungspolitik sein. Eingeladen hatten das Deutsche Institut für Erwachsenenbildung (DIE)

### Landesförderung: GEW schlägt Alarm

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) hat ein Gutachten zur Finanzierung der Erwachsenenbildung in Deutschland veröffentlicht. Die Zielmarke, ein Prozent der Bildungsausgaben für Erwachsenenbildung auszugeben, werde demnach in allen Bundesländern deutlich unterschritten. Im Schnitt liegt die Quote bei 0,34 Prozent.

Die Untersuchung des Bildungsforschers Roman Jaich filtert die Ausgaben für die Erwachsenenbildung und die Gesamtausgaben für Bildung aus den Haushaltsplänen 2012 heraus. Jaich arbeitet dabei Land für Land detailliert durch und kommt auf eine Gesamtsumme von 93 Milliarden Euro, davon entfallen auf die Erwachsenenbildung 319 Millionen Euro, also 0,34 Prozent und pro Kopf 4,45 Euro.

Der Autor weist darauf hin, dass neben dem Land auch die Kommunen, die Teilnehmenden und Dritte wie z.B. der ESF als Finanzquelle einzubeziehen sind, aber nicht in dem Gutachten berücksichtigt werden konnten. Um die 1-Prozent-Marke zu erreichen, fordert die GEW eine Erhöhung der Landesförderung für die Erwachsenenbildung um mindestens 600 Millionen Euro.

»Die krasse Unterfinanzierung ist ein deutliches Signal, dass Politik die allgemeine, politische und kulturelle Weiterbildung zu wenig wertschätzt. Dies steht im Gegensatz zu der gerne beschworenen Bedeutung der Weiterbildung als »vierter Säule des Bildungswesens«, sagte Ansgar Klinger, zuständig bei der GEW für Berufliche Bildung/Erwachsenenbildung.

– Leibniz-Zentrum für Lebenslanges Lernen und der inter- und transdisziplinäre Leibniz-Forschungsverbund »Bildungspotenziale«, ein Netzwerk von 16 außeruniversitären und öffentlich finanzierten Leibniz-Instituten. Dessen Ziel ist, »die Potenziale von Bildung und für Bildung besser nutzbar« zu machen und »auf individueller, institutioneller und gesellschaftlicher Ebene Ansatzpunkte für tragfähige Konzepte und Erfolg versprechende Reformen zu finden«, so der Sprecher des Verbundes Prof. Marcus Hasselhorn (DIPF). Der Fokus liegt dabei auf der Wirksamkeit von Forschung und der Umsetzung von Forschungswissen: Um Forschungswissen besser nutzbar zu machen, gelte es, die Zusammenarbeit von Forschung, Politik, Administration und Praxis zu stärken, betonte der Wissenschaftliche Direktor des DIE, Prof. Josef Schrader, in seiner Eröffnung programmatisch.

Den Part der Politik vertrat Sylvia Löhrmann, Ministerin für Schule und Weiterbildung in NRW und derzeit Präsidentin der Kultusministerkonferenz, die Erfahrungen und Erwartungen zur Sprache brachte. Prof. Heinz-Elmar Tenorth (Prof. em. der Humboldt-Universität zu Berlin) setzte sich mit der Kommunikation zwischen Bildungsforschung und Bildungspolitik aus wissenschaftlicher Perspektive auseinander.

Der andere Schwerpunkt der Veranstaltung lag bei den enormen bildungspolitischen Herausforderungen auf dem Weg zu einem leistungsstarken und chancengerechten Bildungssystem. Sie nahm aktuelle Problemstellungen auf und diskutierte entlang der Lebenslaufperspektive Forschungsergebnisse und Lösungsansätze für die verschiedenen Bildungsbereiche.

Sylvia Löhrmann plädierte für einen fortlaufenden und kritischen Dialog zwischen Bildungsforschung und Bildungspolitik. Der Bedarf der Politik wachse mit der Fülle von Erkenntnissen, die heute zur Verfügung stünden. Politik sei im Blick auf die Inhalte der Entscheidungen und zu ihrer Legitimation auf Forschung angewiesen. Sie brauche »Steuerungswissen«. Die Zusammenarbeit gestalte sich insgesamt »erfreulich«, aber Löhrmann forderte von der Wissenschaft

eine stärkere Auseinandersetzung mit Umsetzungsfragen und einen intensiven Austausch mit der Praxis: Die Akteure vor Ort müssten stärker ins »Changemanagement« einbezogen werden.

### Zur Kommunikation zwischen Bildungsforschung und Politik

Wie kann der Dialog gelingen? Dieser Frage widmete sich der bekannte Bildungshistoriker Prof. Heinz-Elmar Tenorth. Dass die Beziehung keine einfache ist, wurde schnell deutlich. Die Kommunikation zwischen Bildungsforschung und Bildungspolitik sei ein eher schwieriges Terrain. Statt von »Dialog«, was ein empathisches Miteinander nahelege, sprach Tenorth in systemtheoretischer Perspektive von »Kommunikation« unterschiedlicher Systeme mit differenten Handlungslogiken. Gehe es im System »Wissenschaft« um »Wahrheit«, so in der Politik um Macht und Gestaltungswillen, gemäß dem Funktionsimperativ des politischen Systems nämlich die Herstellung bindender Entscheidungen. Politik und Wissenschaft unterschieden sich überdies hinsichtlich der Zeitmuster und Sozialformen. Die Wissenschaft denke eher in längeren Zeitstrecken, die Politik in Wahl- und Legislaturperioden. Gleichwohl imponierten die Interdependenzen: Politik in der Moderne braucht Information(en) und Handlungsorientierung. Diese stelle die Wissenschaft bereit. Die Wissenschaft habe ihrerseits den Anspruch, die Welt

autonom zu erforschen, sei aber angewiesen auf Ressourcen und Finanzen, über die die Politik entscheidet.

### Bildungsverständnis und Prozessmodell von Bildung im Lebenslauf

Ungeachtet der Spannungen haben Politik und Wissenschaft ein gemeinsames theoretisches Referenzsystem, das die Kommunikation möglich und leistungsfähig macht. Das zeigte er exemplarisch an »Produkten der Zusammenarbeit«, dem Nationalen Bildungsbericht und dem Kinder- und Jugendbericht. Gemeinsam sei Politik und Forschung das Interesse an der Beantwortung der Frage: »Wie ist Bildung möglich?« Und es geht um »Bildung im Lebenslauf« und damit um »die Selbstkonstruktion des Subjektes in Wechselwirkung mit der Welt«, also um »die Gleichzeitigkeit von Individuation und Vergesellschaftung«. Gemeinsam sei auch die normative Überzeugung, dass Bildung allgemein, gleich und gerecht sein solle.

Beide Partner beziehen sich auf dasselbe Prozessmodell von Bildung, so Tenorth: Bildung geschehe entlang der Biografie im Lebenslauf und in der »Verkettung von Institutionen«, die Bildung bereitstellen. Das erlaube Diagnosen, Beschreibung von Effekten und Wirkungsmechanismen, Identifizierung von »Gelenkstellen« für Interventionen. Die so generierten Informationen des Wissenschaftssystems bedürften dann



Prof. Heinz-Elmar Tenorth

Foto: DIE

aber der Übersetzung in die Sprache der Politik. Und, so betonte er einschränkend: Es gebe »Folgelasten«, »Begrenzungen« und »unerwünschte Wirkungen« in der Kommunikation.

### Steuerungsillusionen und unvermeidliche Irritationen

Allerdings verschweigt er auch die Misserfolge in der Kooperation von Wissenschaft und Politik nicht: »Überzogene Versprechen« der Bildungsforschung hätten zu überzogenen Steuerungsillusionen bei der Politik geführt. Doch nicht alles sei machbar. Als Beispiel nannte er die Diskussionen um »Integration« und »Inklusion«. Diese »rhetorischen Formeln in politischer Absicht« sollten keinen Anspruch auf Operationalisierung erheben.

Tenorth kritisierte auch die »schwache Selbstkritik der Wissenschaften«, das Aufspringen auf immer neue (Heils-)Versprechen der empirischen Forschung und Moden, wie sie sich mit den Stichworten Lernmaschinen, programmierter Unterricht, behavioristische Lernmodelle oder Neuropädagogik verbinden. Auch im Bereich der Politik identifizierte er Misserfolgskriterien: eine Immunisierung gegen Kritik, Unfähigkeit der Politik, »selbst erzeugtes Übel« zu erkennen, Ressortegoismus und fehlende Zusammenschau, die aus der »Zerstreuung« von Zuständigkeiten für das, was »Bildung im Lebenslauf« ist, auf eine Vielzahl von Ministerien resultiert: Weiterhin werfe Interventions- und Reformsucht der Politik Probleme auf.

Wie ist das neue Paradigma der »evidenzbasierten Forschung« zu bewerten? Der Historiker Tenorth ist skeptisch. Es sei nicht der »Königsweg«, der zu eindeutigen Empfehlungen führe, denn die unterschiedlichen systemischen Handlungslogiken sind nicht so ohne Weiteres zu überbrücken. Auf die Frage der Politiker/-innen »What works?« antworteten die Forscher/-innen mit »Vertragungsargumenten« oder der Forderung nach mehr Forschung. Das nennt Tenorth »unvermeidliche Irritationen«, verursacht durch die »Eigenart« der Wissensproduktion in der Pädagogik und die »paradoxe Struktur von Bildung«.

Die Bildungspraxis arbeite sich konstitutiv an dem Problem von erzieherischem Zwang und prinzipieller Freiheit des Individuums ab. Für dieses Spannungsverhältnis von Individualisierung versus Universalisierung und Vergesellschaftung, das in allen Bildungsfragen thematisch wird, gebe es in der Denktradition der Philosophie der Aufklärung keine Lösung. Damit wehrte Tenorth positivistische Erwartungen im Blick auf eindeutiges Steuerungswissen ab.

Tenorth zog dieses Fazit: Von allergrößter Bedeutung bleibe das Bemühen um »Verstehen«, ebenso wie die wechselseitige Anerkennung der unterschiedlichen Handlungslogiken der Systeme. Der Umgang zwischen Bildungsforschung und Bildungspolitik sei ein »Balanceakt« und sprichwörtlich »Sisyphusarbeit«. Die Differenzen ließen sich nicht ausräumen, sondern nur prozedierend und kommunikativ bearbeiten.

Auf dem abschließenden Podium zogen die Diskutanten ein positives Fazit. Das Format der Veranstaltung sei

ein guter Ansatz und Benchmark für den Austausch zwischen Wissenschaft und Politik. Allerdings müssten weitere Stakeholder einbezogen werden, wie die freien Träger der Erwachsenenbildung und die Sozialpartner. Die Forschung müsse, so formulierte Haselhorn im Blick auf die Arbeit der Leibniz-Institute als Learning, stärker im »Dienstleistungsmodus« statt im »Erkenntnismodus« agieren, überdies müssten Implementierung und Transfer stärker in den Fokus genommen werden. Einig war sich die Runde darin, dass Bildungsforschung stärker eine Beratungsperspektive einnehmen müsste: Politikberatung im Sinne des Gemeinwohls sei eine wichtige Aufgabe der Forschungseinrichtungen und der Expert/-innengremien.

Petra Herre

- 1 Aktionsrat Bildung 2000–2010–2020. Jahresgutachten 2011, S. 11.
- 2 Bildung neu denken! Das Zukunftsprojekt. vbw (Vereinigung der Bayrischen Wirtschaft) 2003.

### Freihandelsabkommen in der Diskussion

Die KEB Deutschland setzt sich wie andere Bildungsträger für einen generellen Ausschluss des Bildungsbereiches in den gerade verhandelten Freihandelsabkommen ein. Neben TTIP, müssen auch CETA und TISA kritisch begleitet werden. »Die häufig gehörte Beruhigung, dass die Daseinsvorsorge ausgenommen sei, heißt noch gar nichts, wenn nicht ausdrücklich aufgeführt wird, welche Bereiche dazu gehören. Schon frühere Diskussionen in der EU haben gezeigt, dass es unterschiedliche Definitionen von Daseinsfürsorge und der ihr zugehörigen Bereiche gibt«, so Andrea Hoffmeier, Bundesgeschäftsführerin der KEB. Fragen der öffentlichen Förderung, kommunalen Selbstverwaltung, allgemeinen Weiterbildung, des Zugangs für finanziell Schwächere und der Qualität der Bildungsangebote stehen im Zentrum der Gefährdung. Bei den politischen Gesprächen des KEB-Vorstandes im November in Berlin wurde das Anliegen eingebracht.

Ebenso hat sich Ulrich Aengenvoort, Direktor des DVV, mit einer Standortbestimmung im dis.kurs 3/2014 sehr dezidiert und gut mit dieser Thematik auseinandergesetzt. Der Verband Bildung und Erziehung hat sich ebenfalls für einen generellen Ausschluss des Bildungsbereichs aus den Freihandelsabkommen mit den USA TTIP ausgesprochen.

»Regeln für den kommerziellen Handel können die Möglichkeiten der Regierungen und zuständigen Behörden einschränken, öffentliche Bildung in hoher Qualität bereitzustellen. Ich warne vor der Gefahr einer weiteren Privatisierung von Bildungsangeboten, sagte VBE-Bundesvorsitzender Udo Beckmann vor der Bundestagsdebatte zum Abkommen Ende September. »Die Aufnahme von privat finanzierten Bildungsdienstleistungen in TTIP senkt die Barrieren für eine Privatisierung jetzt noch öffentlicher Angebote.« Die derzeit laufende europäische Bürgerinitiative »Stop TTIP« wird von 300 Organisationen unterstützt, darunter auch von der Katholischen Landjugendbewegung und der KAB.



## Berufliche Bildung

### Institutionen der Katholischen Erwachsenenbildung (7)

Berufsbezogene Bildungsangebote mit formalen Abschlüssen liegen zwar nicht im Kernbereich katholischer Erwachsenenbildung, die sich in erster Linie als Anbieterin non-formaler Bildung versteht. Viele katholische Weiterbildungseinrichtungen und Verbände mit hohem Bildungsanteil engagieren sich aber auch in diesem Bereich, die in der »Katholischen Bundesarbeitsgemeinschaft für Berufliche Bildung« zusammengeschlossen sind. Sie hat zwölf Mitglieder, darunter Kolping (das gleichzeitig den Vorsitz innehat), die Caritas, die KAB, die Bundesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit oder die Akademie Klausenhof.

Wichtigster Anbieter von beruflicher Bildung im katholischen Sektor ist der Kolping-Verband. Dort sind in der »Arbeitsgemeinschaft der Kolping-Bildungsunternehmen« 22 regional selbstständige Kolping-Bildungsunternehmen zusammengeschlossen, die mit ca. 4.200 hauptberuflichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern hauptsächlich in den Bereichen Bildung, Qualifizierung und Beschäftigung tätig sind. Die verschiedenen Kurse und Lehrgänge werden jährlich von über 125.000 Teilnehmern wahrgenommen. Das Angebot deckt die Palette der berufsbezogenen Aus- und Fortbildung für sozial Benachteiligte ab, wie etwa außerbetriebliche Ausbildung und Berufsvorbereitung, Umschulungen und berufliche Rehabilitation, Qualifizierung und Projekte für (Langzeit-)Arbeitslose, Behinderte oder andere Gruppen mit besonderem Förderbedarf.

Als eine wichtige Dachorganisation unterstützt die Katholische Bundesarbeitsgemeinschaft für Jugendsozialarbeit (BAG KJS), die auch in der katholischen BAG für berufliche Bildung vertreten ist, die Arbeit katholischer Einrichtungen in der Jugendberufshilfe vor Ort.

Die Ausschreibungen der Arbeitsagenturen und Jobcenter mit offenem Ausgang, bürokratische Herausforderungen bei der Projektbeschaffung und -ab-

wicklung im Bereich des Europäischen Sozialfonds, eine oft unberechenbare Zuweisungspolitik der Rentenversicherungsträger sorgen für anhaltende Unsicherheit. Auch niedrige Erlöse und damit schlechte Bezahlung für Mitarbeitende sind eine weitere Folge dieser Tendenz. Der Bundesverband der Träger beruflicher Bildung e.V., Zusammenschluss maßgeblicher Anbieter von Bildungsprodukten, darunter auch der Kolping-Bildungsunternehmen, beklagen immer wieder die Einkaufspolitik der Arbeitsagentur über die Regionalen Einkaufszentren und die viel zu niedrige finanzielle Förderung.

### Beispiel CEB-Akademie

Die Bildungsträger in diesem Sektor haben es gelernt, sich immer wieder nach neuen Feldern umzusehen. Der neueste Trend sind Kooperationen mit Schulen im Rahmen der »Bildungsketten« für ein gutes »Übergangsmanagement Schule – Beruf«. Ein Beispiel ist die katholische CEB-Akademie Merzig/Saarland, die in vielen Bereichen tätig ist, wie z.B. Maßnahmen in Zusammenarbeit mit der Agentur für Arbeit, Qualifizierungen, berufsbegleitende Fort- und Weiterbildung

im Bereich Pädagogik, Gesundheit und Pflege, Berufsvorbereitung und Berufsausbildung für Jugendliche, Reintegration Schwerbehinderter oder gewerbliche Aufstiegsqualifizierung. Geschäftsführer Gisbert Eisenbarth: »Es gibt auch Probleme, z.B. die Finanzierung der Weiterbildung oder aber auch die Vereinbarkeit der Weiterbildungsaktivität mit dem beruflichen Alltag. Der frühe Kontakt – noch in der Schulzeit – zu Arbeitswelt und Weiterbildung fördert die Einsicht in das »lebenslange Lernen«. Aus gutem Grund hat die Berufsorientierung an Stellenwert gewonnen – ein Beispiel hierfür ist das Berufsorientierungsprogramm »BOP«.

In Kooperation von Schulen und der CEB-Akademie (Merzig/Saarland) wurde im Herbst dieses Jahres ein breit angelegtes Jugendförderprogramm gestartet – ein Programm, in dem Schülerinnen und Schüler des 8. Schuljahres ihre praktischen Fähigkeiten im Rahmen von Werkstatttagen testen. Der Abgleich zwischen der Selbsteinschätzung und der Beurteilung durch erfahrene Pädagogen und Ausbilder soll den Jugendlichen im Anschluss helfen, ihre Ziele herauszufinden und die richtige Entscheidung zu treffen. Eine organisatorische und logistische Herausforderung für die Bildungseinrichtung und die Schulen, die aber wertvolle Ergebnisse liefert. »Probieren geht über Studieren!« gilt auch schon in jungen Jahren.«

*Michael Sommer*



**Berufliche Rehabilitation in der Akademie Klausenhof**

## Besser lesen und schreiben – Zugänge zu Grundbildung

### Die Grundbildungs-Initiative Niederrhein und Westmünsterland/Handlungsbedarfe im ländlichen Raum

4,4 Millionen Menschen mit Deutsch als Erstsprache können nicht ausreichend lesen und schreiben. »Da muss man davon ausgehen, dass auch im eigenen Unternehmen Kolleginnen und Kollegen davon betroffen sind«, sagt Andreas Wendland, Betriebsratsvorsitzender der Siemens AG Bocholt. Schließlich ist durchschnittlich jeder zehnte Arbeitnehmer vom sogenannten funktionalen Analphabetismus betroffen. Mit viel Kreativität werden unzureichende Grundbildungskompetenzen vor dem Chef und manchen Kollegen geheim gehalten, Fleiß und Pünktlichkeit, aber auch das häufige Ausgleichen durch das Team tragen dazu bei, dass unzureichende Lese- und Schreibkompetenzen für Betriebe gar nicht erst oder zu spät erkannt werden. Die Angst vor Ablehnung und Unverständnis hält viele Betroffene davon ab, innerhalb ihres Unternehmens Hilfe zu suchen, deshalb unterstützt Wendland die Sensibilisierungsaktion des Projektes GINIWE.

Ziele der vom BMBF geförderte Grundbildungs-Initiative Niederrhein und Westmünsterland (GINIWE) sind:

- das Thema ins Bewusstsein von betrieblichen Akteuren zu bringen und sie dafür zu sensibilisieren
- Enttabuisierung durch allgemeine Öffentlichkeitsarbeit und Informationsveranstaltungen für regionale Akteure aus Wirtschaft, Bildung und Verwaltung
- Vernetzung der relevanten Akteure, um durch mehr Lebenswelt- und Arbeitsweltorientierung alternative Lernformate zu entwickeln
- Gestaltung niedrigschwelliger Zugangsstrukturen durch alternative Ansprachstrategien und durch Multiplikatoren/-innen, die als Vertrauenspersonen im arbeitsweltlichen Kontext Betroffene ansprechen

und bei der Vermittlung in Lernangebote unterstützen können

Die Akademie Klausenhof hat im Rahmen des Projektes GINIWE eine Website entwickelt, auf der alle Angebote im Bereich Grundbildung und Alphabetisierung in den Kreisen Borken und Wesel gebündelt und zielgruppengerecht dargestellt werden sollen. Dieser »Grundbildungs-Atlas« richtet sich an Betroffene, weist aber auch Mitwissenden – sowohl im privaten als auch im beruflichen Kontext – Handlungsoptionen auf. Das Besondere dieser Portalseite ([www.besser-lesen-und-schreiben.de](http://www.besser-lesen-und-schreiben.de)) ist der Versuch, unter Verzicht von allen überflüssigen Elementen, Grafiken, Erläuterungen etc. diejenigen anzusprechen, die schlecht lesen können. Dazu gehört auch die Verwendung von einfacher Sprache und leicht verständlicher Menüführung.

Neben den klassischen und curricular orientierten VHS-Kursen finden auch Beratungsangebote und Selbstlernangebote im Internet Berücksichtigung. Zwar erleichtert der Grundbildungs-Atlas durch seine einfache Struktur und Begrenzung auf den Alphabetisierungs- und Grundbildungsbereich das Finden passender Lern- und Beratungsangebote, gleichzeitig sind jedoch auch hier – aufgrund der Schriftsprachlichkeit – Grenzen gegeben: Man muss ihn finden. Abhilfe schaffen hier einerseits Flyer, die an den unterschiedlichsten Orten – so auch in Supermärkten und bei Sportevents – ausgelegt werden, andererseits »Multiplikatoren/-innen«, die im Rahmen von Schulungen durch das Projektteam gelernt haben, wie funktionaler Analphabetismus erkannt, Betroffene angesprochen, gefördert und vermittelt werden können. Als Vertrauenspersonen im Arbeits- und Lebensumfeld von Betroffenen können Multiplikatoren/-innen auf die Website aufmerksam machen oder gar beratend bei der Auswahl geeigneter Angebote unterstützen. Über einen Nutzen für die Zielgruppe der funktionalen Analphabeten/-innen hinaus schafft der Atlas für Multiplikatoren/-innen aus Job-

## »Aktivierungszentren« für Arbeitslose

### »Perspektive 50plus« für ältere Arbeitslose wird modifiziert

Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles hat eine modifizierte Weiterführung des Programms »Perspektive 50plus« angekündigt, das 2015 auslaufen sollte. Bei dem Bundesprogramm haben sich seit 2005 bundesweit 78 regionale »Beschäftigungspakte« gebildet, in denen vor Ort viele Akteure, darunter auch katholische Bildungsträger und Wohlfahrtsorganisationen, eng zusammenarbeiten und institutionelle Strukturen aufgebaut haben. Die Arbeitslosen erhielten durch diese Anbieter vielfältige persönlichkeitsstärkende und qualifizierende Bildungsangebote und individuelle Förderung. Die Federführung der Netzwerke haben dabei meist die Jobcenter inne. Besonders diese regionale Vernetzung hat wesentlich zum Erfolg des Programms beigetragen. Eine neue Studie des Instituts für Arbeit und Qualifikation (Universität Duisburg Essen, IAQ-Report 1/2014) bescheinigt dem Projekt, dass es rund ein Viertel der älteren Langzeitarbeitslosen in Beschäftigung bringt und damit erfolgreicher sowie kostengünstiger ist als die Regelförderung durch die Jobcenter. Beim bisherigen Programm konnten die regionalen Akteure in Eigenregie die Aktivierungs- und Vermittlungsarbeit erbringen. Welche Rolle diese Partner im neuen Konzept spielen werden, ist noch nicht bekannt. Fest steht bisher, dass in den Jobcentern »Aktivierungszentren« für Langzeitarbeitslose eingerichtet werden. Von einer Beteiligung bisheriger Partner in den Beschäftigungspakten ist in dem neuen Konzept bisher nicht die Rede.

centern, Arbeitsagenturen, Betrieben und Bildungseinrichtungen mehr Handlungsmöglichkeiten durch einen Überblick über »Vermittlungsmöglichkeiten«. Für Bildungseinrichtungen fasst er den Status quo zusammen und liefert wichtige Hinweise auf Entwicklungsmöglichkeiten. Geplant ist auch eine Toolbox, die neben Handlungsempfehlungen für die Grundbildungsarbeit Good-Practice-Beispiele zielgruppenspezifisch für Betriebe, Verwaltungen und Bildungseinrichtungen bündeln wird.

### Runde Tische

Entsprechend der Bandbreite der Lernformate und Lerninhalte der Angebote, welche im Grundbildungs-Atlas Berücksichtigung finden sollen, sind auch die Bildungseinrichtungen gefordert, Lernmöglichkeiten im Lebens- und Arbeitsalltag zu fördern. Aus dem Verständnis von Literalität als Querschnittskompetenz heraus wird bereits deutlich, dass dies nicht allein von den (Weiter-)Bildungseinrichtungen geleistet werden kann. Notwendig wird Vernetzung – nicht nur der Bildungseinrichtungen untereinander, sondern auch mit Akteuren aus Verwaltung und Wirtschaft. In den Kreisen Wesel und Borken gibt es mittlerweile runde Tische, an denen Akteure aus Bildung, Wirtschaft und Verwaltung die Fragen der Teilnehmergeinnung und Zubringerstrukturen bearbeiten.

»Wenn Menschen nicht ausreichend lesen und schreiben können, betrifft



**Veranstaltung von GINIWE mit dem Buchautor und ehemaligen Analphabeten Tim-Thilo Fellmer (re.) in der Stadtbücherei Wesel**

das alle in unserer Region«, so Elisabeth Büning vom Bildungsbüro Kreis Borken. Gleichzeitig offenbart sich weiterer Handlungsbedarf. In Bildungseinrichtungen und Maßnahmeträgern fehlt es an methodisch-didaktischer Qualifizierung bei Lehrenden bzw. diagnostischen Kompetenzen bei sozialpädagogisch Tätigen. Fehlende zeitliche und finanzielle Kapazitäten für Beratungsarbeit wirken erschwerend auf die Professionalisierung der Grundbildungsarbeit. Eine besondere Herausforderung bleibt die Grundbildung im betrieblichen Kontext: Passgenaue Lösungen und der entsprechende Mehrwert einer betrieblichen Förderung für Grundbildung sind schwer realisierbar. Optional, aber

aufgrund fehlender Finanzierungsregelungen durch SGB II von der Realisierung sehr voraussetzungsreich wäre beispielsweise eine Ergänzung der Angebote mit Maßnahmen zur Förderung der Integration in den Arbeitsmarkt, die sowohl eine Förderung der Grundbildungskompetenzen als auch entsprechende sozialpädagogische Begleitung integrieren. Die Verzahnung lebens- und arbeitsweltorientierter Grundbildungsangebote und Maßnahmen erfordert jedoch eine im Aufwand nicht zu unterschätzende Organisation und Strukturierung der beteiligten Träger und Akteure.

*Verena Oellerich, Projektreferentin,  
Akademie Klausenhof*

## Heimvolkshochschulen: Studie bescheinigt großen Mehrwert

Seit rund 30 Jahren hat es keine Studie mehr über Heimvolkshochschulen mehr gegeben. Nun erschien im W. Bertelsmann Verlag (Lernort Heimvolkshochschule, 2014) eine vom Niedersächsischen Landesverband der Heimvolkshochschulen herausgegebene Untersuchung, in der Falko von Ameln 23 dieser Einrichtungen intensiv analysiert und Mitarbeitende befragt hat. Demnach zeichnen sich die Häuser durch ein besonderes Bildungsverständnis aus, in dem sie Allgemein- und Persönlichkeitsbildung im humboldtschen Sinne mit der Sorge für das Gemeinwohl und das demokratische Gemeinwesen verbinden. Nach dem Konzept des »Lebens und Lernens unter einem Dach« nach dem Prinzip von Grundtvig, dem Urvater der Heimvolkshochschule, werde Lernen »stets als soziales

Lernen in der Begegnung mit Teilnehmenden aus der eigenen sowie aus anderen Seminargruppen« verstanden.

Ein weiteres prägendes Merkmal sei der Studie zufolge die ausgeprägte Werteorientierung in Richtung Humanität, Gemeinwohlorientierung, Demokratiekompetenz, christliche Werte und Nachhaltigkeit. Lernen an einer HVHS ziele nie allein auf die Vermittlung von Kompetenzen, »sondern stets auch auf die Reflexion und Veränderungen eigener Haltungen und eigener Lebenspraxis ab«. 60 Prozent der Teilnehmenden gaben an, sie hätten ihre Einstellungen durch den Besuch in der HVHS verändert, und zwei Drittel gaben an, sie wären motiviert worden, sich gesellschaftlich zu engagieren.